

Luise Tavera für die HAW Hamburg (CCG)

Über Beteiligung im Gesundheitswesen

April 2021



Zu meiner Person

Innovationsfan
und -expertin

Generationengerechtigkeits-
-Kämpferin

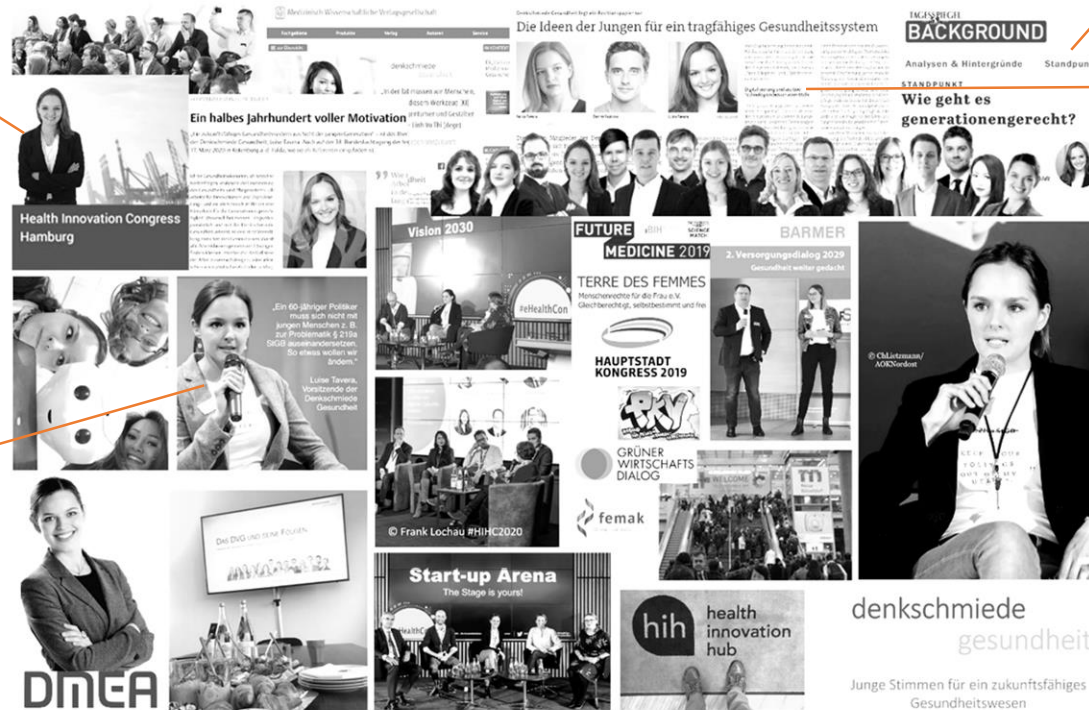
Gesundheitsökonomin,
MBA

Strategische Kooperationen
bei BIH/Charité (Hauptberuf)

Zukunftslobbyistin

Pflege-Finanz-
Themen

Gründerin und
Vorständin



„Zukunft des G-BA: Mehr Patientenbeteiligung wagen?“

Über Beteiligung: Generationengerechtigkeit

! Generationengerechtigkeit in das Grundgesetz !

- 2006: Überparteilicher Vorschlag von 36 jungen Bundestagsabgeordneten (u. a. Jens Spahn, 26), notwendige Zweidrittelmehrheit realistisch (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2006)

Neuer Artikel 20b:

„Der Staat hat in seinem Handeln das Prinzip der Nachhaltigkeit zu beachten und die Interessen künftiger Generationen zu schützen.“ (Deutscher Bundestag 2006)

Umformulierung Artikel 109 Absatz 2 Finanzverfassung Grundgesetz:

„Bund und Länder haben bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, dem Prinzip der Nachhaltigkeit sowie den Interessen der künftigen Generationen Rechnung zu tragen.“ (Deutscher Bundestag 2006)

- 2007: Plenardebatte im Bundestag, zur weiteren Beratung an Rechtsausschuss überwiesen
- 2008: Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE) bringt Vorschlag erneut, lädt Sachverständige etc.
- 2009: 16. Legislaturperiode endet ohne einen Beschluss in dieser Sache
- 2018: Ex-Präsident BVerfG, Hans-Jürgen Papier, fordert erneut (Anger 2018)
- 2019: PBnE fordert erneut (Schwerpunkt ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit) (CDU/CSU Bundestagsfraktion 20.02.2019)



Tweet

PKV-Verband @pkv_verband

Wir haben mit @luise_tavera von der @DsGesundheit über #Generationengerechtigkeit in der Sozialpolitik gesprochen. bit.ly/2VJmpE4 Vielen Dank für das Interview. #Pflege



dege

Du und denkschmiede gesundheit

09:52 · 15.10.19 · Twitter Web App

AOK Nordost @AOK_Nordost

Die Menschen werden mit den Füßen abstimmen, welche digitale Lösung ihnen letztlich am besten passt, so @luise_tavera bei der #eHealthCon in #Berlin. Dann müssten alle Beteiligten zusammenarbeiten, damit die Lösung Teil der #Regelversorgung wird.



„Jede Generation muss ihre Aufgaben selbst lösen und darf sie nicht den kommenden Generationen aufbürden. Zugleich muss sie Vorsorge für absehbare zukünftige Belastungen treffen“

(Die Bundesregierung 2016)

Was wir über Beteiligung wissen*

*mittlerweile gelernt haben sollten

- Erfolgreichste Lobbyistin unserer Zeit war 16 Jahre alt und ist weder befähigt noch ermächtigt worden, politisch Einfluss zu nehmen

- Beteiligung muss eingefordert werden
- Qui tacet, consentire videtur
- Politik der Zukunft ist themengesteuert
- Schneid von Silberrücken angezweifelt



Über Lobbyarbeit und Beteiligung im Gesundheitswesen

- Gesundheitswesen ist von Lobbyarbeit durchzogen und gesteuert
- Gesetzlich etablierte Entscheider und Akteure (SGB) haben eine Stimme
- Industrie und PatientInnen nicht
- Lobbyisten und deren Netzwerk käuflich (Startups)
- Ohne inoffizielle Einflussnahme keine Neuerungen! Wenn doch, dann oft politisch-opportun (ggf. „an der Versorgung vorbei“)
- Systemfehler: PatientInnen kaum existent, passive LeistungsempfängerInnen, KundInnen ohne viel Einfluss auf Angebot und Nachfrage



Über Lobbyarbeit und Beteiligung im Gesundheitswesen



ALSO FÜR UNS STEHEN
PATIENTINNEN IM MITTELPUNKT.



PATIENTENORIENTIERT



PATIENTENZENTRIERT

Das Recht von PatientInnen im System

- PatientInnen sind nicht Objekte einer Fürsorgestelle sondern sind mündig und entscheiden über ihre Behandlung in erster Linie selbst
- Es gibt Patientenrechte in den SGBs, aber nicht das Mitgestaltungsrecht einer kollektiven Stimme
- Selbsthilfegruppen und Betroffenenkollektive können ebenso demokratisch eine Stellungnahme zu der für sie relevanten Indikation abgeben wie die VertreterInnen von Krankenkassen und Ärzteschaft
- Argumente gegen Stimmrecht von PatientInnen im G-BA:

Das Recht von PatientInnen im System

Argumente gegen Stimmrecht von PatientInnen im G-BA:

- System ist schon komplex genug / Entscheidungen werden schwieriger
- PatientInnen haben keine Budgetverantwortung = kein Stimmrecht
- PatientInnen fehlt das Fachwissen
- Lobby finanziert Selbsthilfegruppen, Abhängigkeit vermutet
- Weitere Verteuerung des Systems, weil PatientInnen immer mehr Leistungen fordern und aus ihrem Leidensdruck heraus für Innovationen stimmen
- PatientInnenvertretung ist im G-BA vorhanden und wird erhört

Kampf um Mitbestimmung

ÄrzteZeitung

Meine ÄZ Suche

GBA-Aufnahme
Patientenschützer verklagen Deutschland

Eine Stiftung, die sich um Schwerstkranke und Sterbende kümmert, will Patientenvertreter in den Gemeinsamen Bundesausschuss entsenden. Das Gesundheitsministerium hat das abgelehnt. Jetzt liegt der Fall bei Gericht.

Von Anno Fricke

Veröffentlicht: 29.04.2014, 05:23 Uhr

POLITIK

Deutsche Stiftung Patientenschutz will fünfte "maßgebliche Organisation" werden: BMG sagt Nein, G-BA fühlt sich nicht zuständig

Lobbyist Kloepfer klagt mit Ärzten und Kassen: G-BA = intransparenter Quasi-Gesetzgeber

GEMEINSAMER BUNDESAUSSCHUSS

Wer kontrolliert den kleinen Gesetzgeber?

Der Gemeinsame Bundesausschuss entscheidet darüber, welche Leistungen gesetzlich Krankenversicherten zustehen. Das beeinflusst die Berufsausübung und die Verdienstmöglichkeiten von Ärzten, Krankenhäusern und Pharmaindustrie.

Wie viele Frühgeborene muss ein Krankenhaus im Jahr behandeln, damit es auch weiterhin zur Versorgung zugelassen ist? Wie viele Ärzte einer bestimmten Fachgruppe dürfen sich in welcher Region niederlassen? Welches Arzneimittel hat einen Zusatznutzen gegenüber dem Standardpräparat und rechtfertigt damit einen höheren Preis? Mindestmengen, Bedarfsplanung, Nutzenbewertung – das sind nur einige der Bereiche, für die der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) verbindliche Richtlinien beschließt. Ob (und auf welcher Grundlage) der Gesetzgeber einem Organ der Selbstverwaltung von Ärzten, Krankenhäusern und Krankenkassen dergestalt weitreichende Befugnisse übertragen darf, diskutierten Experten Mitte Januar in Berlin auf Einladung der Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen.

Der G-BA werde oft als „kleiner Gesetzgeber“ bezeichnet, sagte der Leiter des wissenschaftlichen Symposiums, Gerhard Schulte. „Aber die Frage ist doch, wer ist hier groß und wer klein?“ Während der Deutsche Bundestag über die Abschaffung der Praxisgebühr entscheide, treffe der G-BA Regelungen zu Mindestmengen und Innovationsbewertungen. Deshalb fragte der Ministerialdirektor a. D.: „Muss der Gesetzgeber wegen der Tragweite der Entscheidungen des G-BA eine größere Verantwortung übernehmen?“

Interessenausgleich auf fachlicher Basis

Nein, lautete naturgemäß die Antwort des unparteiischen G-BA-Vorsitzenden, Josef Hecken. „Der Gesetzgeber wäre nicht klug beraten, wenn er mehr Aufgaben übernehmen würde.“ Politiker seien anderen

Zwängen unterworfen als die Vertreter der gemeinsamen Selbstverwaltung, weil sie sich alle vier Jahre zur Wahl stellen müssten, gab der ehemalige saarländische Justiz- und Gesundheitsminister zu bedenken. Dagegen versuchten die verschiedenen Bänke im G-BA, „auf fachlichem Niveau“ einen Interessenausgleich herbeizuführen. Darüber hinaus stellte Hecken klar: „Wir haben für jede Aufgabe eine gesetzliche Grundlage und unterliegen der Rechtsaufsicht des Bundesgesundheitsministeriums.“

„Der G-BA gilt vielen als das Zentralkomitee des Gesundheitswesens“, lautete die provokante These des Sozialrechtlers Prof. Dr. iur. Peter Axer von der Universität Heidelberg. Zumal der Gesetzgeber das Gremium im Laufe der Zeit mit immer mehr Befugnissen ausgestattet habe. „Zwar sagte Axer, keine

Prof. Dr. iur. Peter Axer (Uni Heidelberg): G-BA = Zentralkomitee des Gesundheitswesens

Spahn: 3 Mio. Frauen mit Fettverteilungsstörungen leiden, ihnen wollen wir schnell helfen, ohne G-BA

WELT

WIRTSCHAFT | ÄRZTE UND KASSEN

Rebellion gegen den Bestimmer der Kassenleistungen

Veröffentlicht am 03.05.2015 | Lesedauer: 2 Minuten

Von **Stefan Beutelsbacher**
US-Korrespondent

Der Gemeinsame Bundesausschuss entscheidet für 70 Millionen Bürger, welche Medikamente und Therapien die Krankenkasse bezahlt. Allerdings tagt er oft im Geheimen. Ein Gericht könnte das bald ändern.

Eine Allianz aus Ärztenverbänden und Krankenkassen rebelliert gegen den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA). Sechs Organisationen unterstützen eine Klage des Berliner Politikberaters Albrecht Kloepfer gegen das Gremium, darunter der Berufsverband der Deutschen Chirurgen, der hessische Verband der Diabetologen und die Siemens Betriebskrankenkasse.

Online-Suche ohne lästige

Unter Ausschüsse tagen hinter verschlossenen Türen

Der Kläger kritisiert die Verfahren in den Unterausschüssen der Organisation. Die offiziellen Entscheidungen des G-BA fallen bei den Sitzungen eines 13-köpfigen Plenums zwar öffentlich. Den größten Teil der Arbeit aber verrichten neun Ausschüsse, die hinter verschlossenen Türen tagen.

ZEIT ONLINE

Politik Gesellschaft Wirtschaft Kultur • Wissen Digital Campus • Arbeit Entdecken 5

Jens Spahn

Gesundheitsministerium soll über Kassenleistungen entscheiden können

Jens Spahn will, dass sein Ressort teilweise allein festlegen kann, welche Behandlungen Kassen bezahlen. Etwa das Absaugen bei krankhaften Fettverteilungsstörungen.

11. Januar 2018, 12:53 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, AFP, vdg / 129 Kommentare

Brauchen wir eine „echte“ Beteiligung?

Andere Beispiele: Frauenquote, Einbezug Pflege im Gesundheitswesen

Antwort:

- Ich denke ja und ich erkläre Ihnen auch, warum

Reicht die PatientInnen-Beteiligung im G-BA?

Sie haben Antrags- aber kein Stimmrecht, vielleicht reicht das nicht aus.

Beispiele für Anliegen:

- Pränatale nichtinvasive Diagnostik
- Sterbehilfe
- Sehhilfen
- Zahnmedizinische Versorgung



Es geht längst nicht nur um Zähne oder Brillen – sondern um sozioökonomischen Status.
Muss das in Deutschland sein?

Vor diesem Hintergrund:

**Brauchen wir stimmberechtigte
Patientenbeteiligung im G-BA?**

luise.tavera@gmail.com

kontakt@denkschmiedegesundheit.de

www.denkschmiedegesundheit.de



denkschmiede
gesundheit

Danke



Quellenverweise

Informationen zu Leistungsumfang etc. stammen aus:

Die Reformfibel 2.0 - Handbuch der Gesundheitsreformen bis Ende 2017, Buch | Softcover, 2017, KomPart (Verlag)

- Folie 4:
 - Frankfurter Allgemeine Zeitung (2006): „Generationengerechtigkeit in das Grundgesetz“. In einer parteiübergreifenden Initiative fordern junge Bundestagsabgeordnete von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP die Aufnahme des Staatsziels „Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ ins Grundgesetz. In: FAZ 2006, 14.07.2006. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundestag-generationengerechtigkeit-in-das-grundgesetz-1358404.html>, zuletzt geprüft am 04.01.2020.
 - Deutscher Bundestag (2006): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes zur Verankerung der Generationengerechtigkeit. Generationengerechtigkeitsgesetz, vom 09.11.2006. Online verfügbar unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/033/1603399.pdf>, zuletzt geprüft am 03.01.2020.
 - Anger, Heike (2018): Nachhaltigkeit im Grundgesetz – Ein Vorschlag für weniger Populismus in der Gesetzgebung. In: Handelsblatt 2018, 21.10.2018. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/generationengerechtigkeit-nachhaltigkeit-im-grundgesetz-ein-vorschlag-fuer-weniger-populismus-in-der-gesetzgebung-/23207414.html?ticket=ST-40326632-0tBChj5O7gadYc1eaqWj-ap3>, zuletzt geprüft am 04.01.2020.
 - CDU/CSU Bundestagsfraktion (20.02.2019): Im Sinne der Generationengerechtigkeit: Nachhaltigkeit ins Grundgesetz? Berlin. Online verfügbar unter <https://www.cducusu.de/veranstaltungen/im-sinne-der-generationengerechtigkeit-nachhaltigkeit-ins-grundgesetz>, zuletzt geprüft am 04.01.2020.
- Folie 6:
 - Die Bundesregierung (2016): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Neuauflage 2016. Hg. v. Die Bundesregierung. Berlin.
- Folie 7, Fotonachweise:
 - Quelle: <https://www.bustle.com/p/young-climate-activist-greta-thunberg-takes-world-leaders-to-task-in-her-powerful-speech-at-cop24-15533241>
 - Quelle: <https://www.tapataalk.com/groups/anthroscape/classify-swedish-climate-activist-greta-thunberg-t86540.html>
 - Quelle: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_86483818/si_0/veranstalter-270-000-menschen-beim-klimastreik-in-berlin.html
 - Quelle: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_86439458/klimakrise-mehr-als-tausend-klimaaktivisten-in-london-festgenommen.html
 - Quelle: <https://www.manager-magazin.de/consent-a-?targetUrl=https%3A%2F%2Fwww.manager-magazin.de%2Fpolitik%2Fdeutschland%2Fspd-wie-martin-schulz-durch-gaehnen-sein-image-beschaedigt-a-1189709.html&ref=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F>
 - Quelle: <https://www.volksfest-freising.de/mittendrjn/suesser-abschiedsgruss-volksfest-baer-1395273.html>
 - Quelle: <https://taz.de/CDU-Votum-fuer-Laschet/!5767147/>
- Folie 13:
 - Quelle: <https://www.aerzteblatt.de/pdf.asp?id=134357>, Deutsches Ärzteblatt 6/2013
 - Quelle: <https://www.aerztezeitung.de/Politik/Patientenschuetzer-verklagen-Deutschland-240101.html>, ÄrzteZeitung 4/2014
 - Quelle: <https://www.welt.de/wirtschaft/article140428455/Rebellion-gegen-den-Bestimmer-der-Kassenleistungen.html>, Die Welt 5/2015
 - Quelle: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-01/jens-spahn-gesundheitsministerium-kassenleistungen-fettabsaugen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2F, Die Zeit 1/2019
- Folie 15:
 - Quelle: https://www.freepik.com/free-vector/funny-glasses-different-shapes_4445048.htm
 - G-BA Beschluss vom 22. April 2021: Mutterschafts-Richtlinien: Einleitung des Stellungnahmeverfahrens – Aufnahme einer Versicherteninformation zur Nicht-invasiven Pränataldiagnostik zur Bestimmung des Risikos autosomaler Trisomien 13, 18 und 21 mittels eines molekular-genetischen Tests (NIPT)

Denkanstoß für die Diskussion:

Sogar die Zahnärzte sind als Untergruppe der Ärzteschaft im G-BA vertreten. Aber die Pflege hatte nie eine Stimme, dabei ist sie wichtiger Bestandteil des Systems und auch von G-BA-Entscheidungen. Wir haben einen Pflegenotstand, der 2035 erst richtig zutage treten wird. Jetzt wird über umstrittene Pflegekammern versucht, der Pflege eine Lobby zu geben – wäre sie früher berücksichtigt worden, hätten wir die Interessen der Pflegekräfte früher gehört.